

Berliner Tageblatt

Nr. 434

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Stad- und Berlin von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Brüsseler Konferenz noch in diesem Jahre.

Eine Vorkonferenz der Alliierten geplant.

Belgische Vorbereitungen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Brüssel, 26. September.
Wie aus Brüssel gemeldet wird, glaubt sich die belgische Regierung moralisch verpflichtet, England und Frankreich noch in diesem Jahre zu einer Konferenz in Brüssel über den ganzen Kreis der Probleme der internationalen Schieds- und Reparationen einzuladen. Die belgische Regierung erwägt diesen Schritt, obgleich England und Frankreich auf die offizielle Zellnahme der Vereinigten Staaten an dieser Konferenz und beabsichtigt mit großer Aufmerksamkeit die Reize des englischen Schatzkanzlers Sir Robert Horne nach Washington. Die Konferenz wird jedenfalls nicht vor der Rückkehr Horne stattfinden. Nach diesen Angaben, die an verschiedenen Stellen aufgetaucht sind, ist anzunehmen, daß die belgische Regierung demnächst einen offiziellen Schritt tun wird, um die Konferenz in diesem Jahre noch nach Brüssel zusammen zu berufen.

Paris, 26. September.
Die Konferenz in Brüssel, die das Reparationsproblem endgültig erledigen soll, ist für die zweite Hälfte des November oder die erste Hälfte des Dezember in Aussicht genommen. Die belgische Regierung soll für diese Beratungen einen Vorstoß bereit halten, der schon in London zur Sprache gekommen wäre, wenn Lloyd George und Poincaré sich über die Grundfragen geeinigt hätten. Ergebnis ist der Meinung, daß eine grundsätzliche Einigung der alliierten Regierungen vor der großen Konferenz erfolgen mußte, sonst würden die Leiter der Regierungen wieder aneinander vorbeireden. Vor der Konferenz soll deshalb eine Vorbesprechung der ersten Minister aller die Reparationsfrage betreffenden Regierungen stattfinden. Poincaré über eine solche Konferenz denkt, ist in seiner Unwissenheit nicht zu erheben.

Bei den Bemühungen um das Vorbringen der Verhandlungen sind von einigen wiedererwählten Vorgesetzten Berichten gehalten worden, die Schluß auf die französische Politik der kommenden Monate auflassen. Was der Senator Jonaud gesagt hat, haben wir bereits kurz berichtet. Heute wird die Anfrage des französischen Kammerpräsidenten Raoul Peret bekannt, der in Wien an der Rhone die nächsten politischen Aufgaben dargelegt hat. Er sagte u. a.: Die Stunde ist gekommen, in der jeder Einzelne eine endgültige Regelung der deutschen Ver-

pflichtungen erwartet. Das Land verlangt, aus der Ungewißheit herauszukommen, in die es der Vertrag von Versailles gebracht hat. Auch unsere Alliierten müssen begreifen, daß es keine Sicherheit in den internationalen Beziehungen mehr gibt, wenn feierliche Abmachungen (!) ungeführt verbleiben (!) werden können. Wenn die Sanktionen nur ein Ausdrück leerer Drohungen bleiben, dann ist nicht ein, daß diese Straflosigkeit eine Ermüdung zum Renardkrieg bedeutet? (!) Interessant ist auch die Rede, die der frühere französische Finanzminister Aloy bei der gleichen Gelegenheit im Departement Somme gehalten hat. Aloy, der bisher der demokratischen Opposition der Kammer angehört, will mit Poincaré Frieden schließen, denn er löst den Ministerpräsidenten ganz außerordentlich. „Alle des Gefühls, Zutrauens, Würde, Verantwortlichkeit werden ihm nachgesprochen, wenn er durch seine friedliche Energie den Reim späterer Konflikte aus der Welt schaffen wolle. Alle diese Reden haben den Zweck, der Regierung den Rücken zu stärken. Poincaré sammelt seine Kruppen für die Kammerwahl.“

Die Uebergabe der deutschen Schatzwechsel.

Der Wechsel in der Berliner französischen Botschaft.

(Telegramm.)

Paris, 26. September. (M. Z. B.)
Die Reparationskommission hat einen amtlichen Bericht veröffentlicht, in dem sie die gellerte erfolgte Ausbändigung der deutschen Schatzpapiere und den Begleitbrief der Reparationskommission zur Kenntnis nimmt. (Es geht aus dieser Mitteilung nicht hervor, ob damit die Angelegenheit der Schatzwechsel von der Reparationskommission als endgültig erledigt angesehen wird, oder ob die Kommission sich noch eine besondere Stellungnahme in ihrer heutigen Sitzung vorbehalten hat. Die Red.) Nach einer Agenturmeldung aus Paris hat Jonaud auf eine Anfrage, ob ihm der Vorfall in der Reparationskommission angeboten worden sei, erklärt, man habe ihm keinerlei Angebot gemacht. Im Gegensatz dazu teilt der „Matin“ mit, daß Jonaud der Posten des Präsidenten der Reparationskommission angeboten worden sei.
Eine Saab-Meldung, die sich mit den vorausschicklich am nächsten Donnerstag im Ministerrat zu besprechenden Veränderungen in der Verwaltungsbereichen bezieht, meldet als aussichtsreichen Kandidaten für den Berliner Botschaftsposten den Profeten im Departement Alpes Maritimes Bernard.

Staatsgerichtshof und Zeitungsverbote.

von Dr. Ernst Feder.

Eine deutschnationale Anfrage an die Reichsregierung beschäftigt sich mit den Verboten von Zeitungen und Zeitungsbelegungen. Seit dem Erlass des Gesetzes sind einige Monate verstrichen. Freund und Feind haben einen gewissen Abstand und damit die Fähigkeit zu einem ruhigeren Urteil gewonnen, als in der Hitze des Gefechts zu erreichen war. Juristisch läßt sich sagen: Die Gesetzgebung zum Schutz der Republik, die von der Reichsregierung am Tage nach der Ernennung Rathenaus eingeleitet wurde, hat der hiesigen Öffentlichkeit die Möglichkeit zu einem ruhigeren Urteil gewonnen, als in der Hitze des Gefechts zu erreichen war. Juristisch läßt sich sagen: Die Gesetzgebung zum Schutz der Republik, die von der Reichsregierung am Tage nach der Ernennung Rathenaus eingeleitet wurde, hat der hiesigen Öffentlichkeit die Möglichkeit zu einem ruhigeren Urteil gewonnen, als in der Hitze des Gefechts zu erreichen war.

Das Gesetz zum Schutz der Republik ist gewiß nicht tabellarisch und fehlerhaft. Es ist, gleich den meisten Werken der Gesetzgebung, ein Kompromiß, das von rechts und links befehligt werden, weil hinter dem Gesetz eine breite Mehrheit stehen sollte, die von den Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei reicht. Es ist daher nicht verwunderlich, daß heute noch von beiden Seiten, als zu weitgehend oder als nicht weitgehend genug, angegriffen wird. In der sozialistischen Tabelle, weil der nach der Ernennung Rathenaus in einem Meßaal den Arbeitern jurist. Wegen in einem Tag, da wohl ihr erst feiern? Wenn ich das was erwirkte hätte, ich hätte ihn selbst erschossen! Und doch mußte das Verfahren eingeleitet werden, weil das Gesetz, hierin weniger weitgehend als die Verordnung, die Staatsgerichtshof bringt, wenn sie öffentlich oder in einer Versammlung erfolgt. Man hat auf der anderen Seite das Gesetz deshalb angegriffen, weil es Rechtsschutzbestimmungen des Reichstages, die notwendige Reichstagesherbeiführung. Ein durchaus auf dem Boden der Republik stehender Staatsrechtler, wie der Berliner Universitätsprofessor Rühlmann, hat kürzlich den Tatbestand der Beschimpfung der Republik, dem Begriff „Beleidigung“ und die Gefahr einer „Gefährdungsentwurf“ darin erblickt. Ich habe selbst vor zwölf Jahren in der Heftigkeit für die Zeit den Nachweis geführt, zu welchen Schwierigkeiten der Tatbestand der Beschimpfung den das Strafgesetzbuch in anderem Zusammenhang kennt, führen muß und eine Revision erfordert. Wie kann man aber diesen vorläufig geäußerten Vorwurf daraus machen, daß es ein Reichsgericht eine Reihe von Normen aufgestellt hat? Gerade solche ohne Rechtschutz ausgelegt war, haben jene Anwälte geschaffen, die dann in einer Reihe von Worts- und Gewalttaten sich entließen und das Eingreifen der Staatsgewalt notwendig gemacht hat.

Am empfindlichsten treffen die Bestimmungen des Schutzgesetzes die Presse. Ein Verbot von Tageszeitungen bis auf die Dauer von vier Wochen, von anderen Zeitungen und Zeitschriften bis auf die Dauer von sechs Wochen, Gefängnisstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu fünfzehnhunderttausend Mark für den, der eine verbotene Zeitung trotzdem druckt und verbreitet, sind in Verbindung mit der bekannten Art der deutschen Presse Maßnahmen, die zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz führen können. Freie muß die Presse sein, wenn sie ihre Mission erfüllen soll. Diese Forderung gilt selbstverständlich für jede Parteipresse, auch für die Vertreter jener politischen Anschauung, die die Presse weiseinwärts, gelangte sie selber zur Macht.

Rur die Notwehr, in die sich die Republik gezwungen sah, rechtfertigt einen Eingriff in die Pressefreiheit. Die Schweiz hat soeben in einer Volksabstimmung ein Gesetz, das die Strafen gegen die verfassungsmäßige Ordnung und Sicherheit verhängen sollte, abgelehnt — offenbar aus dem Gefühl heraus, daß die republikanische Staatsform des Staates, die durch jahrhundertelange Tradition gestützt ist, dieses besondere Schutzes nicht bedarf.

Das deutsche Schutzgesetz ist für die Dauer von fünf Jahren geschaffen, falls nicht die eintretende Verhinderung eine frühere Aufhebung ermöglicht. Für diese Lebensdauer ist zu verlangen, daß die Verbote sich streng in den Grenzen des Gesetzes halten. In dem Staatsgerichtshof hat das Gesetz die republikanische Staatsform des Staates, die durch jahrhundertelange Tradition gestützt ist, dieses besondere Schutzes nicht bedarf.

Kemal läßt sich Zeit.

Undauernde englische Truppenübungen nach dem Orient. — Ein Appell an Venizelos.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 26. September.
Nach den anhaltenden Verhandlungen der vergangenen Woche ist in den politischen Kreisen Frankreich ein Augenblick der Ruhe zu verzeichnen. Poincaré erhebt sich auf seinem Sandgut Damiette, wo er, wie gesagt wird, die großen Veränderungen in der Diplomatie vorbereitet, die nahe bevorstehen; die Umgestaltung der Botschaftsposten in Berlin und Rom, Dubois führt heute noch den Vorsitz in der Reparationskommission, und obwohl jeder davon überzeugt ist, daß kein Entlassungsgebot angenommen wird, werden die offiziellen Kandidaten immer noch darauf hin, daß keine Demissionen noch nicht gefällig ist, bis er die Orientfrage ist sehr alles von der Antwort Kemal Paschas abhängig, die erst nach der Unterredung des Generals mit dem französischen Delegierten Franklin-Bouillon erfolgen wird. Vorläufig werden die Meldungen versendet, die aus Smyrna, Konstantinopel und Athen eingehen, und die nicht kontrollierbar sind. Nach französischer Auffassung ist es noch nicht sicher, ob Kemal allein die Entlohnung fällen oder der Nationalversammlung in Ankara die Entlohnung überlassen wird. Jedenfalls wird angenommen, daß die Taten nicht befehlen, sondern die Worte der Alliierten genau libieren werden. Die Optimisten hoffen auf Annahme der Note, die Bestimmungen darauf, daß Kemal und seine Freunde jede alliierte Kontrolle in Thrazien ablehnen und auch die Aufsicht des Völkerbundes über die Weeragen nicht annehmen werden. Die Weeragenfrage wurde nicht ohne Rußlands Zustimmung geregelt werden. Deshalb wird Kemal verurteilt, daß Rußland an der Friedenskonferenz teilnehmen soll. Mit einiger Sorge wird auch davon berichtet, daß die englischen Truppenübungen nach dem Orient fortbauern. Eine Delegation aus Gibraltar vor heute früh meldet, daß ein Geschwader leichter Kreuzer und drei Unterseebootstollen Gibraltar passiert und ihre Fahrt nach Konstantinopel fortgesetzt haben.

Ueber den Einbruch der Rote in Konstantinopel wird gesagt: Der diplomatische Sieg Rußlands wird dort noch für größer gehalten als die erkapten militärischen Vorteile. Der Großvezir und die Minister des Außen- und der inneren Angelegenheiten hätten bereits ihre Entlassung gegeben und die Abdankung des Sultans zugunsten des bei den Kemalisten beliebten Thronerben Süde unmittelbar bevor. Hingegen soll nach übereinstimmenden Berichten französischer und amerikanischer Mächte die Lage in Athen sehr besorgniserregend sein. Ein Telegramm der „Chicago Tribune“ meldet, daß die Regierung Venizelos gebeten habe, den Oberen zu verzeihen und in der Gefahr des Vaterlandes: heilige Eingriffe unter der Parteien wieder herzustellen. Venizelos, früherer Minister im Kabinett Zaimis, und der Deputierte Diamidis sind angeblich bereits unterwegs nach Paris, um Venizelos

in der Zurückgezogenheit seiner jungen Ehe aufzuwachen. In England wird die Lage nach Meldungen des „Journal“ mit großer Zuversicht angesehen. Lloyd George habe gute Gründe zu dem unwillkommenen diplomatischen Spieß gemacht und habe Lord Curzon zu seinem Erlöse glücklich begrüßt. Der Beginn der Friedenskonferenz ist auf den 15. Oktober verlegt. Die Bestimmung des Ortes soll den Täten überlassen werden.

Für den Ausgleich der Schwierigkeiten, welche der Widerstand Frankreichs gegen eine Teilnahme der Russen machen könnte, hält man eine vermittelnde Form bereit. Auch Lloyd George ist auf diesem Wege geschickt, aber die militärischen Vorbereitungen für die Verdrängung der englischen Besatzung erst dann einstellen läßt, wenn eine klare Antwort von der Türkei vorliegt.

Die „Zeitung“ bemüht sich, durch allerlei seltene Worte den Engländern die bittere Pille zu überzuckern, die sie soeben in Paris schlucken mußten. Gemäß schreibt das Blatt im Zeitzeitalter, habe die italienische Zepole, die durch Lord Curzon sei gelungen, eine englisch-italienische Verständigung herbeizuführen (!), die noch vor zehn Tagen undenkbar erschienen sei. Allein zur Ehre der englischen Regierung müsse man feststellen, daß England die Fehler seines ursprünglichen Programms eingesehen, sich eines Befehrs habe befehlen lassen und seine besonderen Gesichtspunkte hinter der allgemeinen Sache des Friedens und der Entente vorüberlassen zurückgesetzt habe. Die Frage sei heute nur, was die Nationalversammlung von Ankara sagen werde. Aber Ankara werde zusammen mit den Vorschlägen der Entente einverstanden sein, da seine sämtlichen Forderungen von der Entente prinzipiell angenommen worden seien. An ein Verbot Rußlands glaube man hier nicht. Alles in allem scheine jede Gefahr eines englisch-italienischen Zusammenstoßes in den Balkanländern die Türkei demnächst als gleichberechtigt im Widerstand aufgenommen werden. Das „Giornale d'Italia“ kann heute darüber nicht bezweigen, daß die griechische Verdrängung nicht nur die Türkei, sondern auch alle anderen Mittelmeerstaaten von der englischen Bevormundung befreie. Aber England und Frankreich dürften nicht die Hände in den Schoß legen, da die Wirkung der Weeragenfrage noch allerlei Unberechenungen bringen könne. Der „Mercurio Romano“ begrüßt die Lösung der Orientfrage und hofft, daß damit ein guter Weg auch zur Lösung der anderen europäischen Probleme vorgezeichnet sei.

London, 26. September. (M. Z. B.)
Reuter meldet aus Konstantinopel, es werde berichtet, daß der Großvezir der kemalistischen Regierung nichtig sei, daß der Konstantinopeler Regierung nichtig sei, daß die Regierung in irgend einer Weise zu verhindern, und daß ihre Mitglieder daher bereit seien, ihren Rücktritt einzureichen. In diesem Falle glaube man, daß Mustafa Kemal Pascha einen Generalgouverneur nach Konstantinopel entsenden werde.

(Siehe auch Seite 2.)